



Kommunalpolitischer Abend der WL Bank am 5. Oktober 2011

Datum: 05.10.2011

Seite 1/10

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert,
sehr geehrter Herr Dr. Sommer,
sehr geehrter Herr Böhnke,
sehr geehrte Damen und Herren,

Regierungspräsident
Prof. Dr. Reinhard Klenke
Telefon 0251/411-1000

ich bin heute sehr gerne zu Ihrem „Kommunalpolitischen Abend“ gekommen.

Auch wenn ich die Funktion des Regierungspräsidenten erst seit knapp 2 Tagen ausübe, so ist mir schon jetzt klar, dass „Kommunalaufsicht“ bzw. „Kommunal Finanzen“ ein zentrales Thema meiner zukünftigen Tätigkeit sein wird. Ohne schon in jede Einzelheit der kommunalen Themenvielfalt eingestiegen zu sein, ist mir bewusst, dass die Kommunen in unserem Regierungsbezirk in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen werden.

Dazu gehört zum Beispiel das Thema Demografie: Fast alle Kommunen, egal ob Emscher-Lippe-Region oder Münsterland, müssen sich in den nächsten Jahren intensiv mit den Folgen der demographischen Entwicklung auseinandersetzen.

Bezirksregierung Münster
48128 Münster
Telefon: 0251/411- 0
Telefax: 0251/411- 82525
www.brms.nrw.de

_für die Region



Mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur sind zwangsläufig erhebliche Konsequenzen verbunden. Weniger Kinder, immer mehr ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen bei gleichzeitig abnehmender Bevölkerungszahl verlangen ein Umdenken in der Ausrichtung zukünftig erforderlicher kommunaler Infrastruktur und sozialer Daseinsvorsorge. Themen wie Zuwanderung und Integration haben einen neuen, einen wichtigen und höheren Stellenwert als je zuvor.

In diesen Kontext gehört auch die Frage nach der Anzahl und den Standorten von Schulen oder das Thema „Fachkräftesicherung“ oder die richtige Ermittlung des Bedarfs an Siedlungsflächen und vieles mehr.

Die Bezirksregierung Münster hat die Kommunen hier in der Vergangenheit stets eng begleitet und beraten. Dies wird auch zukünftig so sein.

Das zentrale Thema, was von uns allen – egal ob Bund, Land oder Kommunen- am meisten Anstrengungen abverlangt, ist aber das Thema „Kommunalfinanzen“. Die finanzielle Situation vieler Kommunen in unserem Regierungsbezirk ist besorgniserregend und



auch wohl deshalb Grund für den heutigen "Kommunalpolitischen Abend".

Sehr geehrter Herr Dr. Sommer, aus den Gesprächen zur Vorbereitung des heutigen Abends habe ich erfahren, dass sich die WL Bank sehr intensiv um die Finanzsituation der Kommunen sorgt und dass speziell Sie sich, Herr Dr. Sommer, in vielen Gesprächen, so zum Beispiel vor einigen Wochen in einem Gespräch mit unserer Regierungsvizepräsidentin, im Bereich Kommunalfinanzen engagieren und schon frühzeitig auf die Folgen von BASEL III für die Kommunen hingewiesen haben. Für dieses Engagement möchte ich Ihnen ausdrücklich danken.

Zu einer meiner ersten Amtshandlung gehörte es, dass ich mich in den letzten Tagen sehr ausführlich über die Finanzsituation über die Kommunen in unserem Regierungsbezirk informiert habe. Das mir aufgezeigte Bild hat mich mit Sorge erfüllt:

Insgesamt sind die Schulden der nordrhein-westfälischen Kommunen binnen eines Jahres zum Stichtag 31.12.2010 um 7,4% von 52,9 Mrd. € auf nunmehr 56,8 Mrd. € gestiegen, der Kassenkreditbestand in den Kernhaushalten ist von 17,2 Mrd. € auf



20,2 Mrd. € und damit binnen Jahresfrist um 17,2 % angestiegen. Zum Stichtag 30.06.2011 ist ein weiterer Anstieg auf 21,2 Mrd. € zu verzeichnen.

Diese Entwicklung ist auch nicht am Regierungsbezirk Münster vorbeigegangen, auch hier ist der Stand der Verschuldung besorgniserregend.

Zwar sind bislang noch nicht alle Haushaltsanzeige- und -genehmigungsverfahren für das Haushaltsjahr 2011 abgeschlossen, allerdings dürften nach derzeitiger Einschätzung nur 33 (rd. 40 %) der hiesigen 83 Kommunen – die 5 Kreise habe ich hier mit einbezogen - über einen ausgeglichenen Haushalt verfügen.

Bei weiteren 25 Kommunen (rd. 30%) sieht deren Haushaltssatzung eine genehmigungspflichtige Verringerung der allgemeinen Rücklage vor.

Die restlichen 25 Kommunen sind zur Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten verpflichtet, da die vorgesehene Verringerung der allgemeinen Rücklage bestimmte Schwellenwerte überschreitet. 21 dieser Konzepte konnten nach der bis zum 03.06.2011 geltenden Rechtslage nicht genehmigt werden.



9 Kommunen in unserem Regierungsbezirk (*Castrop-Rauxel (2010), Datteln (2011), Marl (2011), Waltrop (2011)* sowie *Kreis Recklinghausen (2009), Bottrop (2014), Dorsten (2013), Herten (2013), Oer-Erkenschwick (2012)*) sind bzw. gelten heute sogar als überschuldet, da ihr Eigenkapital entweder bereits vollständig aufgebraucht ist oder innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung (d. h. bis 2014) aufgezehrt sein wird.

Bereits jetzt ist absehbar, dass auch in den Jahren 2015 bis 2019 weitere Kommunen hier im Bezirk in die Überschuldung geraten werden, wenn keine nachhaltige Verbesserung der jeweiligen Haushaltslage herbeigeführt werden kann.

Ein finanziell noch irgendwie vorhandener Gestaltungsspielraum zu einer eigenverantwortlichen Selbstverwaltung ist in diesen Kommunen kaum noch zu erkennen.

Diese in der Vergangenheit angehäuften Schulden bedeuten ein enormes Risiko für die Haushalte der Kommunen. Zins- und Tilgungsleistungen drohen diese zu erdrücken, spätestens dann, wenn das Zinsni-



veau anziehen sollte. Und dies ist nicht unwahrscheinlich!

Aus vielen Gesprächen mit Vertretern von Banken, die sich im Kommunalkreditgewerbe engagieren – so auch aus dem Gespräch mit Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Sommer- , ist uns bekannt, dass die geschilderte Entwicklung der kommunalen Haushalte seitens der Banken seit geraumer Zeit mit großer Sorge betrachtet wird. Während in der Vergangenheit die Bonität einer Kommune im Rahmen einer Kommunalkreditgewährung kein Thema war, wird zunehmend sehr wohl über vermeintliche Risiken eines solchen Kreditgeschäftes nachgedacht. Hier ist Vertrauen verloren gegangen! Überlegungen in Richtung eines Rankings hins. der Kreditwürdigkeit von Kommunen, ähnlich der Einstufung eines Staates in der jetzigen Euro-Krise, werden derzeit von dem Einen oder Anderen angestellt. Die Entwicklungen, die sich im Zuge der Umsetzung von Basel III durch die EU abzeichnen, nämlich ein weiterer Rückzug von Anbietern auf dem Kommunalkreditgewerbe und damit verbunden ein Anstieg der Zinsen, lassen Schlimmes für die Kommunen befürchten.

Es bleibt auch abzuwarten, wie sich im zweiten Halbjahr die wirtschaftlichen Wachstumsdaten entwickeln.



Nach den derzeitigen Prognosen ist wohl zu erwarten, dass sich die positive wirtschaftliche Entwicklung des ersten Halbjahres nicht im selben Umfang weiter fortsetzen wird. Dies wirkt sich zeitversetzt negativ auf die Haushaltssituation unserer Kommunen aus.

Heute, noch ganz aktuell, hat der Bund der Steuerzahler die Kommunen wegen - so war es zu lesen - ausufernden Kassenkredite gerügt und die Kommunen aufgefordert, ihr Konsolidierung ernsthafter zu betreiben.

Sicherlich, trotz vieler kommunaler Sparbemühungen in den vergangenen Jahren, werden die Kommunen auch weiterhin ihren eigenen Beitrag zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zu leisten haben. Es werden den Kommunen nicht erspart bleiben, schmerzhaft Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen zu müssen, um einen Haushaltsausgleich erreichen zu können.

Aber zwei Punkte sind mir in diesem Zusammenhang wichtig festzuhalten:

Viele Kommunen in unserem Regierungsbezirk haben sich in den vergangenen Jahren bereits einen sehr strengen Sparkurs auferlegt und gehen das Thema



Interkommunal Zusammenarbeit sehr offensiv an. Ich verweise hierzu zum Beispiel auf die Finanzkommission unter der Moderation der Bezirksregierung Münster im Bereich Recklinghausen.

Zum anderen bin ich genauso der festen Überzeugung, dass unsere Kommunen dringend externe Hilfe brauchen und die Bewältigung der Probleme, zum Beispiel aus dem Strukturwandel, nicht alleine schaffen werden; und unsere Kommunen brauchen auch das weitere Vertrauen der Banken in ihr Bemühen um Haushaltskonsolidierung!

Dies hat die Landesregierung erkannt.

Mit der Änderung des § 76 der Gemeindeordnung (GO), einer Regelung, die für die erforderliche Haushaltskonsolidierung wichtige Vorgaben macht, wird den Kommunen nunmehr ein längerer Zeitraum für eine Konsolidierung eingeräumt und so langfristig und nachhaltig wirkende Konsolidierungsmaßnahmen ermöglicht.

Die geplante Umsetzung des ifo-Gutachtens wie auch der ifo-Kommissionsempfehlungen durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 sollen zudem eine „gerechtere“ Finanzausstattung der Kommunen



bewirken. Und nicht zuletzt der gerade ins Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Entwurf zum Stärkungspakt Stadtfinanzen soll den am stärksten betroffenen Kommunen über zehn Jahre hinweg konkrete Hilfestellung leisten auf deren Weg zur Haushaltskonsolidierung.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen soll unterstützend helfen; unabhängig davon müssen die Kommunen - wie eben bereits ausgeführt - ihren eigenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Die Bezirksregierung wird die Kommunen auf ihrem schwierigen Weg hin zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung begleiten und diese partnerschaftlich beraten. Aus meinen Gesprächen in den letzten Tagen weiß ich, dass die Bezirksregierung Münster dabei immer auch nach kreativen Lösungen gesucht hat; dies werden wir auch weiterhin tun.

Aber die Herausforderungen zur Bewältigung der kommunalen Finanzsituation sind so emens, dass hier ein gemeinsames Vorgehen von Kommunen, Land und eben auch dem Bund erforderlich ist. Daher bin ich, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert, sehr auf Ihre Ausführungen heute Abend gespannt.



Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen unsere Kommunen bei Bewältigung der Finanzprobleme nicht alleine lassen. Denn letztlich geht es nicht um die Finanzen einer anonymen Stadtverwaltung; es geht immer um den einzelnen Bürger bzw. um die einzelne Bürgerin vor Ort. Jeder von Ihnen möchte in einer qualitativ guten, lebenswerten Umgebung leben, egal wie die Kommune heißt.

Sehr geehrter Herr Dr. Sommer, ich würde mich freuen, wenn wir auch zukünftig den vertrauensvollen und ertragsreichen Informationsaustausch, die Erörterung anstehender Entwicklungen, zwischen der Bezirksregierung und Ihnen, fortsetzen und im Interesse unserer Kommunen frühzeitig auf möglicherweise anstehende Veränderungen reagieren zu können und um Vertrauen zu schaffen und zu erhalten.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns im Weiteren informationsreiche und anregende Gespräche.